



Actualités OFS BFS Aktuell Attualità UST

13 Soziale Sicherheit

Neuchâtel, November 2013

Sozialbericht Schweiz: Aktualisierung der wichtigsten statistischen Informationen

Der umfassende statistische Sozialbericht Schweiz wurde erstmals im Jahr 2011 publiziert. Vor dem Hintergrund einer positiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung sowie eines dynamischen Bevölkerungswachstum sind nun die wichtigsten Indikatoren des Berichtes aktualisiert worden. Was das Risiko sozialer Ausgrenzung betrifft, bleiben Typ und Niveau der Risikogruppen im Zeitvergleich nahezu unverändert.

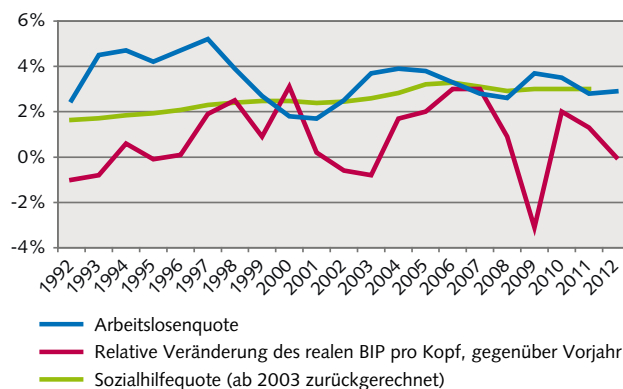
Dynamischer Wandel in Wirtschaft und Bevölkerung

Im Rahmen des Vergleichs relevanter Indikatoren zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung mit der Entwicklung der Sozialhilfequote zeigt sich im Allgemeinen ein gleich bleibendes Risiko im Hinblick auf die soziale Ausgrenzung¹ (Grafik G 1). Die Quote der Sozialhilfebezüger/innen verharrte in den letzten Jahren konstant auf dem Wert von 3,0%. Während desselben Zeitraumes bildete sich die Arbeitslosigkeit von 3,7% im Jahr 2009 zurück und lag 2012 bei 2,9%. Das Wirtschaftswachstum, das 2009 im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise -1,9% betrug, konnte in den folgenden Jahren zulegen und verzeichnet wieder positive Wachstumsraten. Diese jüngste Entwicklung hat offenbar nur wenig Auswirkung auf die Sozialhilfequote respektive auf das Risiko der sozialen Ausgrenzung. Wie Grafik G 1 zeigt, schlugen weder das wirtschaftliche Wachstum – hier mit der Veränderung des bevölkerungs bereinigten realen BIP pro Kopf dargestellt – mit einer zurückgehenden Arbeitslosenquote noch der zuvor erfolgte Rückgang der Wirtschaftsentwicklung mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen erkennbar auf die Sozialhilfequote durch.

¹ Die letztmalige Betrachtung untersuchte den Zeitraum bis 2008. Siehe dazu: Bundesamt für Statistik (2011): Statistischer Sozialbericht 2011. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats «Legislatur. Sozialbericht» (2002 P 01.3788). Neuchâtel: BFS.

Entwicklung der Arbeitslosen- und Sozialhilfequote sowie des realen BIP pro Kopf

G 1



Quellen: Arbeitslosenquote: SECO;
BFS, Sozialhilfestatistik und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© BFS

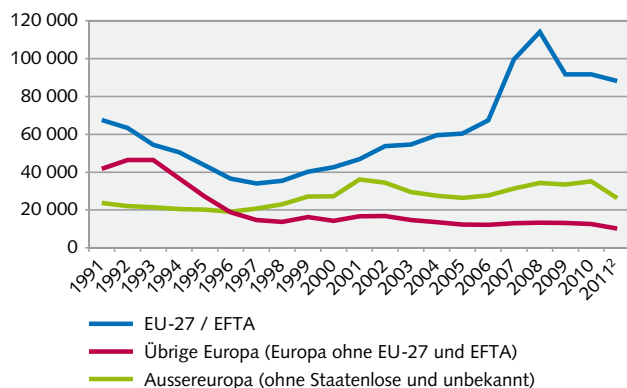
Betrachtet man dagegen die absoluten Zahlen, zeigt sich ein Anstieg der Sozialhilfebezüger/innen von 230'019 Personen im Jahr 2009 auf 236'133 Personen im Jahr 2011. Aufgrund des Bevölkerungswachstums der letzten Jahre bleiben die Quoten aber unverändert bei 3,0%. Auch für 2012 zeigen erste Berechnungen zumindest bei den Quoten keine wesentliche Änderung.²

Für das Bevölkerungswachstum ist hauptsächlich die in den letzten Jahren zwar etwas zurückgegangene, aber immer noch hohe Einwanderung aus dem EU-Raum verantwortlich (Grafik G 2). Der Arbeitsmarkt ist aber durchaus in der Lage, die eingewanderten Arbeitskräfte aufzunehmen.

² Siehe: Salzgeber R. et al. (2013): Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 2012, 13 Städte im Vergleich. Schaffhausen: Städteinitiative Sozialpolitik.

Einwanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, 1991–2011¹

G 2



¹ Bis 2010 inkl. Statuswechsel und Übertritte aus dem Asylprozess.

² Ab 2011 Wechsel des Produktionsverfahrens und neue Definition der ständigen Wohnbevölkerung, die zusätzlich Personen im Asylprozess mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens 12 Monaten umfasst.

Quelle: BFS, PETRA

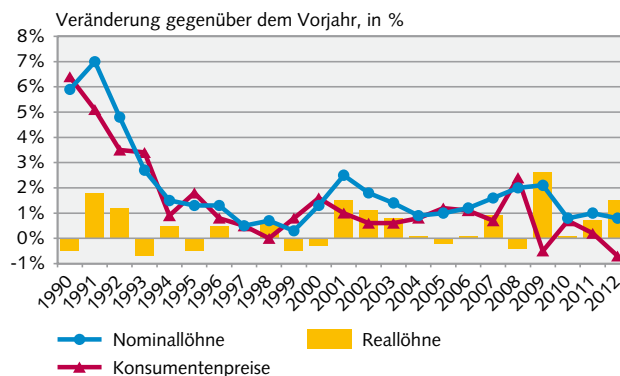
© BFS

Denn die Erwerbstätigenquote, also der Anteil Erwerbstätiger an der Bevölkerung ab 15 Jahren, steigt gesamthaft an. Die Zunahme ist auf einen markanten Anstieg beim ausländischen Bevölkerungsteil zurückzuführen, während die Erwerbstätigenquote der Schweizerinnen und Schweizer stagniert. Gleichzeitig sinkt bis 2012 die Arbeitslosigkeit nach einem kurzen Anstieg im Jahr 2009 in der Tendenz wieder.

Entsprechend der wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Situation entwickeln sich auch die Löhne. Nach der Stagnation in der Krise von 2008 sind die Nominal- und Reallöhne wieder gestiegen, wenn auch etwas weniger stark. Günstig beeinflusst werden die Reallöhne von der Entwicklung des Konsumentenpreisindex, der 2008 einen negativen Wert aufweist und sich auch in den nachfolgenden Jahren auf sehr niedrigem Niveau bewegt (Grafik G3).

Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne

G 3



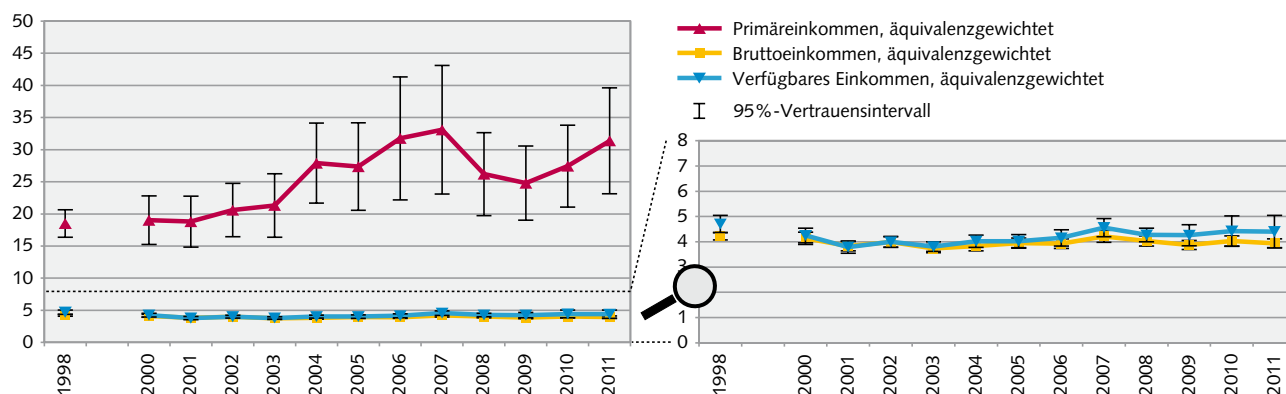
Quelle: BFS, Schweizerischer Lohnindex, LIK

© BFS

Die Verteilung der Einkommen in der Bevölkerung, die neben den Löhnen auch andere Einkommen (z.B. Transfer-einkommen, Vermögenserträge) umfasst, wird anhand entsprechender Indikatoren gemessen. Einer davon ist das Quintilverhältnis S80/S20 (siehe Kasten) der Einkommen³ der privaten Haushalte. In den Primäreinkommen (sämtliche Einkommen ohne Transferleistungen) ist seit 2009 ein leichter Anstieg der Ungleichheit zu verzeichnen⁴. Nahezu konstant bleibt das Quintilverhältnis seit 2009 hingegen beim Bruttoeinkommen (sämtliche Einkommen des Haushalts) sowie beim verfügbaren Einkommen (sämtliche Einkommen abzüglich obligatorischer Ausgaben wie z.B. Steuern). Unterschiedlich ist auch das Niveau der Ungleichheit. Während das Primäreinkommen der reichsten 20% der Bevölkerung im Jahr 2011 31,4-mal (2008: 26,2-mal) so hoch ist wie dasjenige der ärmsten 20%, beträgt dieses Verhältnis beim verfügbaren Einkommen noch 4,4 (2008: 4,3). Das heisst, nach Berücksichtigung der staatlichen Transferleistungen und -ausgaben belaufen sich die obersten 20% der Einkommen

Entwicklung der Quintilverhältnisse (S80/S20) 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung¹

G 4



¹ Der Einkommensanteil der oberen und unteren 20% der Bevölkerung wird hier anhand der Mittelwerte und nicht der Summen verglichen; negative Einkommen wurden in den Berechnungen berücksichtigt.

Quelle: BFS; Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Quintilverhältnis

Das Quintilverhältnis S80/S20 vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% der Bevölkerung mit jenem der ärmsten 20%. Je stärker dieser Quotient von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen verteilt.

³ Es wird jeweils das Äquivalenzeinkommen verwendet.

⁴ Zum Thema der Einkommensungleichheit siehe auch: Bundesamt für Statistik (2012): Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung. Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte. Neuchâtel: BFS.

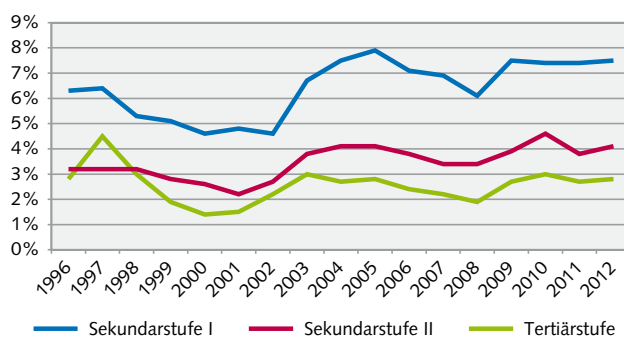
noch auf einen 4,4-mal höheren Wert als die Einkommen der untersten 20%. Die hohe Ungleichheit in der Verteilung der Primäreinkommen wird mit staatlichen Umverteilungsmassnahmen deutlich reduziert. Im Zeitverlauf zeigt sich eine leicht erhöhte Sensitivität der unteren Einkommen auf Veränderungen der wirtschaftlichen Situation und die damit einhergehenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Bei Arbeitslosigkeit werden die Erwerbseinkommen durch niedrigere Transfereinkommen ersetzt oder fallen bei nichtregistrierter Erwerbslosigkeit sogar ganz weg. Verteilen sich die oben erwähnten Lohnsteigerungen mehr oder weniger gleichmässig auf die Erwerbstätigen, erhöht sich insbesondere in den unteren Bereichen die Ungleichheit der Einkommen. Die Verstärkung der Ungleichheit wird bei den Primäreinkommen, d.h. vor Sozialtransfers, ausgeprägter sichtbar als bei den verfügbaren Einkommen (Grafik G4).

Bevölkerungsgruppen mit hohem Risiko sozialer Ausgrenzung

Personen ohne nachobligatorische Bildung gehören nach wie vor zu derjenigen Gruppe, die überdurchschnittlich stark von sozialer Ausgrenzung bedroht ist. Insbesondere weil Personen ohne Ausbildung weiterhin Mühe haben, sich im Arbeitsmarkt dauerhaft zu integrieren. Ein Blick auf die Erwerbslosenquoten zeigt (Grafik G5), dass die Werte bei den Personen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe I auf konstant hohem Niveau bleiben (2012: 7,5%), während sie sich für Personen mit Abschluss auf Sekundarstufe II (2012: 4,1 %) und Tertiärstufe (2012: 2,8%) auf erheblich tieferem Niveau bewegen.

Qualifikationsspezifische Erwerbslosenquoten gemäss ILO, 1996–2012

G 5



Quelle: BFS, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung

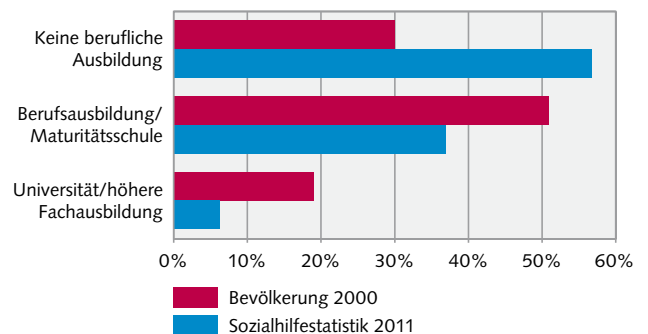
© BFS

Auch unter den Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, aber trotzdem von Armut betroffen und damit von sozialer Ausgrenzung bedroht sind – den «armen Erwerbstätigen» –, ist fehlende oder geringe Bildung das wichtigste Risikomerkmall. Erwerbstätige Personen mit geringer Qualifikation (Sekundarstufe I) sind im Jahr 2011 mehr als doppelt so häufig arm wie solche mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II (7,9% gegenüber 3,4%). Besitzer eines Abschlusses auf Tertiärstufe sind mit 2,3% noch seltener von Armut betroffen.

Die Qualifikation spielt auch im Zusammenhang mit Sozialhilfebezug eine wichtige Rolle. 2011 verfügten 56,8% aller Personen, die von Sozialhilfe unterstützt wurden, lediglich über einen obligatorischen Schulabschluss. Dieser Anteil

Ausbildungsabschlüsse der Sozialhilfeempfänger/innen und der Bevölkerung im Alter ab 18 Jahren, 2011

G 6



Quellen: BFS, Sozialhilfestatistik, Volkszählung 2000

© BFS

ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung recht hoch (Grafik G6). Dort liegt der Anteil an Personen mit Abschluss Sekundarstufe I bei nur rund 30%.

Neben den Personen mit geringer Bildung bleiben auch die bereits im Sozialbericht von 2011 beschriebenen Risikogruppen weiterhin überdurchschnittlich stark betroffen: die Kinder, die jungen Erwachsenen, die Geschiedenen und die Ausländer (Tabelle T1).

T1 Sozialhilfe-/Unterstützungsquoten¹ nach Risikogruppen

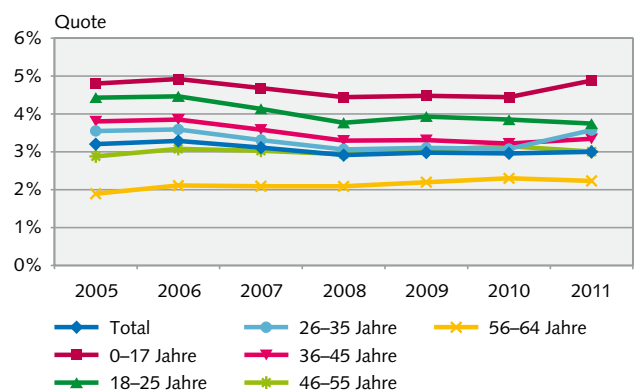
	2009	2010	2011
Total	3,0	3,0	3,0
Junge Erwachsene	3,9	3,9	3,7
Kinder	4,5	4,4	4,9
Geschiedene	6,8	7,0	5,5
Ausländer/innen	6,1	6,0	6,0
Alleinerziehende	16,9	16,7	17,4

¹ Siehe www.bfs.admin.ch → Themen → 13 → Soziale Sicherheit → Definitionen

Von 2005 bis 2010 entwickelten sich die Quoten der Sozialhilfeabhängigkeit von Kindern und jungen Erwachsenen nahezu parallel, wobei erstere jeweils auf etwas höherem Niveau verlaufen. Nachdem beide Gruppen nach 2009 eine sinkende Tendenz aufwiesen, bewegen sie sich im Jahr 2011 in gegensätzliche Richtungen. Während die Sozialhilfequote für junge Erwachsene von 3,9% auf 3,7% sinkt, steigt im

Sozialhilfeempfänger/innen nach Alter, Quote

G 7



Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik

© BFS

selben Zeitraum jene für Kinder von 4,5% auf 4,9% und ist damit auf dem hohen Niveau von 2006 (Grafik G 7). Ein grosser Teil dieses Anstiegs dürfte auf die grössere Betroffenheit jüngerer Kinder, das heisst der 0–5-Jährigen, sowie deren Familien zurückzuführen sein. Allein in dieser Teilpopulation stieg die Sozialhilfequote um 0,3 Prozentpunkte an. Interessanterweise handelt es sich dabei in absoluten Zahlen betrachtet um weniger Kinder als in den vergangenen Jahren. Dieser Effekt ist auf die Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Sowohl die Anzahl Kinder in der Gesamtbevölkerung wie auch diejenige in der Population der Sozialhilfebezüger/innen sinkt. In der Sozialhilfe ist der Rückgang aber weniger stark, so dass der relative Anteil der unterstützten Kinder ansteigt.

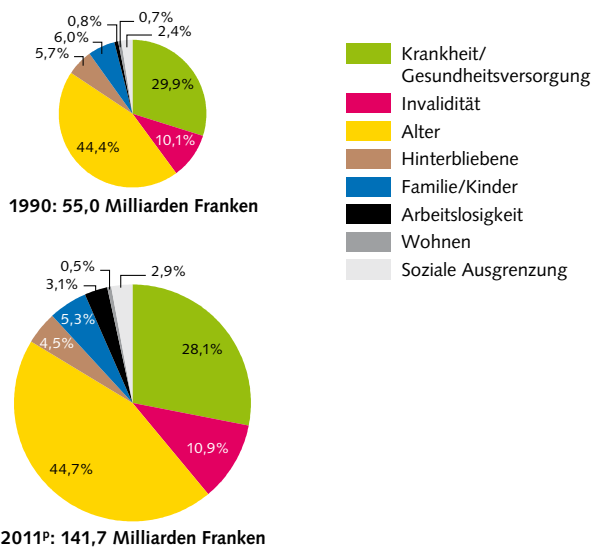
Darüber hinaus hat sich auch die Sozialhilfequote der 26–35-Jährigen erhöht, wobei es sich bei ihnen häufig um die Eltern der mitunterstützten Kinder handelt.

Konstante Sozialleistungsquote

Im Bereich des Systems der sozialen Sicherheit wurden im Jahr 2011 nominal 142 Mrd. Franken für Sozialleistungen ausgegeben (Grafik G 8), was gegenüber 2008 einer nominalen Steigerung von 8,9% entspricht.⁵ Die Sozialleistungsquote⁶ blieb dagegen in den letzten zwei Jahren stabil und verharrt bei rund 24%. Von diesen Ausgaben entfallen über 80% auf nur drei von acht Sozialschutzfunktionen (Risiken): Alter, Krankheit/Gesundheitsversorgung und Invalidität. Mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit verändern sich die Anteile der Funktionen an den Gesamtausgaben im Zeitvergleich kaum. Erstere reagiert erwartungsgemäss auf Veränderungen des Arbeitsmarktes bzw. der Arbeitslosenquote. Zum Schutz vor sozialer Ausgrenzung, die unter anderem auch die Aufwendungen für Sozialhilfe umfasst, werden seit 2008 konstant 2,9% der gesamten Ausgaben für Sozialleistungen eingesetzt.

Sozialleistungen nach Funktionen, 1990 und 2011^p

G 8



Quelle: BFS; GRSS

© BFS

⁵ Zur Systematik siehe auch: Bundesamt für Statistik (2011): Statistischer Sozialbericht 2011. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats «Legislatur. Sozialbericht» (2002 P 01.3788). Neuchâtel: BFS.

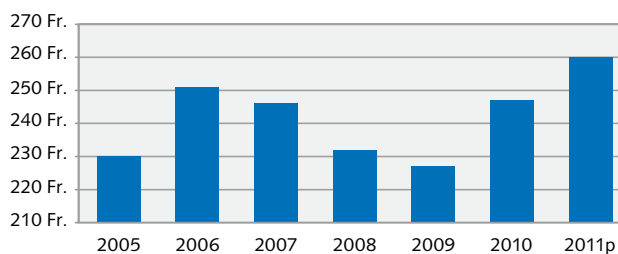
⁶ Die Sozialleistungsquote misst das Verhältnis der Sozialleistungen zum BIP (Bruttoinlandprodukt).

Ausgaben der Sozialhilfe

Die Sozialhilfe als letztes Netz im System der sozialen Sicherheit übernimmt eine wichtige Aufgabe in der monetären Armutsbekämpfung. Bei der Betrachtung der Nettoausgaben für Sozialhilfe pro Einwohner ist die seit 2005 relativ ausgeprägte Wellenbewegung auffallend. Nach einem Anstieg im Jahr 2006 sanken die Nettoausgaben pro Einwohner bis 2009 auf einen Wert von 227 Franken. Seitdem steigen sie wieder an und für 2011 ergibt sich der bisher höchste Wert von 260 Franken pro Einwohner (Grafik G 9). Einerseits dürfte diese Entwicklung auf die Zunahme des Anteils an Fällen mit sehr langen Bezugsdauern zurückzuführen sein, da ein Grossteil dieser Fälle während des ganzen Jahres ununterbrochen unterstützt wird. Wenn diese Fälle mehrere Personen umfassen (zum Beispiel Familien mit Kindern), dürfte dies einen treibenden Einfluss auf die Ausgabenhöhe haben. Andererseits können einkommensseitige Veränderungen des Haushaltsbudgets, die zum Beispiel durch Verlust oder Reduktion des Umfangs der Arbeitsstelle verursacht werden, Mehraufwendungen nach sich ziehen, da die Sozialhilfe die Einkommenslücke zum Existenzminimum schliessen muss. Die durchschnittliche Deckungsquote⁷ in der Sozialhilfe – d.h. der Anteil der Sozialhilfe am Gesamteinkommen des unterstützten Haushalts – ist denn auch von 77% im Jahr 2010 auf 78% im Jahr 2011 angestiegen. Darüber hinaus wirken sich generell auch die Preisentwicklung und speziell die Mietpreise auf die Ausgaben der Sozialhilfe aus. Insbesondere in städtischen Gebieten, wo die Sozialhilfequoten höher sind als in ländlichen Regionen, spielen die Mieten eine kostentreibende Rolle.⁸

Nettoausgaben für Sozialhilfe pro Einwohner 2005–2011

G 9



Quelle: BFS, Finanzstatistik der bedarfsabhängigen Sozialleistungen

© BFS

Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)

Konzept, Redaktion: Thomas Ruch, Dr. Tom Priester
Sektion Sozialanalysen

Fachbereich: 13 Soziale Sicherheit

Layout: Sektion DIAM, Prepress/Print

Übersetzungen: Sprachdienst BFS, Sprachen: Verfügbar als PDF oder gedruckt auf Deutsch, Französisch und Italienisch

Auskunft: Bundesamt für Statistik, Sektion Sozialanalysen,
Tel. 032 713 64 21, E-Mail: info.sozan@bfs.admin.ch

Bestellnummer: 1200-1101, gratis.

Bestellungen: Tel. 032 713 60 60, Fax: 032 713 60 61,
E-Mail: order@bfs.admin.ch

⁷ Nur Privathaushalte.

⁸ Siehe dazu auch: Bundesamt für Statistik (2011). Ursachen der kantonalen Ausgabenunterschiede in der Sozialhilfe. Kurzfassung des Schlussberichts. Neuchâtel: BFS.